Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	DAHİL İÇİN	HARİÇ İÇİN
Aylık	Türk lirası 1.50	R.M. 5.—
Üç aylık	„ „ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „ 15.—	„ 50.—

yahut mukabili.

Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane:
Tekke Caddesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: 44.600.
Posta Kutusu: İstanbul 1209.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:
Tekke-Caddesi Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost
Fernsprecher 44.600.
Postfach: Istanbul 1209.

8. Jahrgang Nr. 297 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Istanbul, Dienstag, 19. Dez. 1933

Opfersinn
des deutschen Volkes

Berlin, 18. Dezember.

Für das Winterhilfswerk hat das deutsche Volk bisher abgesehen von den Geldspenden rund 20 Millionen Zentner Kohlen aufgebracht. In Form von Braunkohlen, Stück für Stück aneinandergereiht, würde diese Menge Kohlen, die übrigens einen Wert von 24 Millionen Mark darstellt, ausreichen, um ein Band siebenmal um die Erde zu legen. Mit der Eisenbahn verfrachtet würden diese Kohlenmengen 1.000 Güterzüge zu je 50 Waggons mit je 400 Zentnern Kohlen füllen.

An Kartoffeln und sonstigen Nahrungsmitteln wurde gleichfalls für rund 72 Millionen Mark gespendet und größtenteils schon zur Verteilung gebracht.

Der Wert aller für das Winterhilfswerk gespendeten Lebensmittel und sonstigen Waren ist bereits auf 125 Millionen Mark gestiegen.

Tausende
von neuen Bauernstellen

Berlin, 18. Dezember.

Der deutsche Arbeitsdienstplan sieht Arbeit für 500.000 junge Deutsche für einen Zeitraum von zwei Jahrzehnten vor.

In erster Reihe sollen Moor- und Oedländereien, vor allem im Emsland, in Mittelhannover, Pommern und Schlesien durchgeführt werden. Geplant sind weiter Bodenverbesserungen und neue Siedlungen. Im ganzen sollen 5—10.000 neue Bauernstellen, d. h. einige hundert neue Dörfer geschaffen werden.

Für den Staatshaushalt bedeuten die mit dem Arbeitsdienst verbundenen Ausgaben auf die Dauer keine Belastung, weil es sich um die Schaffung werbender Werte handelt, aus denen auch dem Staat schließlich neue Einnahmen zufließen.

Zehn Todesurteile
bestätigt

Leipzig, 18. Dezember.

Der III. Strafsenat des Reichsgerichts zu Leipzig bestätigte heute das am 7. September vom Schwurgericht in Düsseldorf gefällte Todesurteil gegen 9 Kommunisten, die sich des Ueberfalls auf ein SA-Heim in der Nähe von Düsseldorf am 19. Juli schuldig gemacht hatten.

Die in erster Instanz ausgesprochene Zuchthausstrafe gegen einen zehnten, an dem fraglichen Ueberfall beteiligten Kommunisten wurde vom Reichsgericht aufgehoben und stattdessen gleichfalls auf Todesstrafe erkannt.

Sämtliche Urteile sind nunmehr rechtskräftig geworden.

Erziehung zur Volksgemeinschaft

Berlin, 18. Dezember.

Der Landrat des Kreises Zauch-Belzig im Regierungsbezirk Potsdam erließ einen Aufruf an die aus den Konzentrationslagern Entlassenen, in dem er sie auffordert, sich zu aufbauender Arbeit in den neuen Staat einzugliedern.

Gleichzeitig wendet sich jedoch der Landrat an die übrige Bevölkerung mit der Aufforderung, die Entlassenen nicht als Menschen zweiter Klasse zu behandeln, sondern ihnen im Gegenteil die Einfühlung und Eingliederung in den neuen Staat nach Möglichkeit zu erleichtern.

Lehren
aus dem Brandstifterprozeß

Berlin, 18. Dez. (A.A.n.WTB.)

Der „Tag" schreibt zum Brandstifterprozeß:

„Der Verlauf der Verhandlungen gibt erneut Anlaß, scharfe Polizeimaßnahmen zu ergreifen, um den verbotenen Kommunismus endgültig auszurotten.

Es ist ganz selbstverständlich, daß das Urteil durchaus im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen bleiben wird. Das Urteil ist Sache des Gerichts; es wird dann Sache des Staates sein, auf den Erfahrungen dieses Prozesses das neue deutsche Strafrecht aufzubauen."

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" spricht von der Art der Prozeßführung und bemerkt:

„Die Prozeßführung stellt ein klassisches Beispiel dafür dar, daß die deutschen Gerichte auf der Suche nach dem Recht unbestechlich geblieben sind und sich nicht durch menschliche Einflüsse irreleiten lassen."

Explosionsunglück

Koblenz, 18. Dez. (A.A.)

Infolge der Explosion eines Sauerstoffbehältera wurde auf der Pfaffendorfer Brücke ein Arbeiter in den mit Eisschollen bedeckten Rhein geschleudert. Auf dem Wege ins Krankenhaus erlag der Unglückliche seinen Verletzungen.

Deutschlands Friedenswille
Erklärung Dr. Goebbels an die Pariser Presse

Paris, 18. Dez. (A.A.n.WTB.)

Die Zeitung „Paris Midi" veröffentlicht eine Unterredung mit dem Reichspropagandaminister Dr. Goebbels, in der der Minister neuerlich den Friedenswillen der Reichsregierung und des deutschen Volkes zum Ausdruck bringt und erklärt, die Reichsregierung wünsche im Interesse des deutschen Volkes selbst, daß zwischen den Völkern Eintracht herrscht, damit das deutsche Volk in Frieden am Wiederaufbau seiner Wirtschaft arbeiten kann.

Der Minister bat den französischen Pressevertreter, ihm die höchst sonderbare Erscheinung zu erklären, daß ein Teil der ausländischen Presse über die Ereignisse in Deutschland Meldungen zu bringen beliebt, die entweder den Tatsachen nicht entsprechen oder unvollständig sind.

„Wie ist es möglich, „fragte Dr. Goebbels, „daß man sachlich schreibt, wenn es sich um andere Staaten handelt, und unsachlich, wenn man von Deutschland spricht. Man dient seinem eigenen Volke sehr schlecht, wenn man nur unzutreffende Dinge sieht und wiedergibt."

Geheime Sitzung
des Pariser Kriegsrats

Paris, 18. Dezember.

Der Oberste französische Kriegsrat hielt heute unter dem Vorsitz des Kriegsministers Daladier eine geheime Sitzung ab.

Ueber das, was in dieser Sitzung behandelt wurde, will der „Temps" folgendes in Erfahrung gebracht haben:

Es soll ein Gesetzentwurf über die Aushebung der Rekruten zur Beratung gestanden haben. Auf die Aushebung der Rekruten der Jahrgänge 1934/35 soll zunächst verzichtet werden. Der Ausfall an Mannschaften soll durch die Einziehung von 15.000 „Spezialisten" sowie durch eine weitere Heranziehung marokkanischer Truppen ausgeglichen werden.

*

London, 18. Dezember.

Der Abrüstungsausschuß der englischen Regierung beriet heute in Anwesenheit des englischen Botschafters in Berlin.

Kommunistische Kundgebungen vor der Londoner Deutschen Botschaft

London, 18. Dez. (A.A.)

Etwa 200 Kommunisten versuchten gestern nachmittag, vor der Deutschen Botschaft eine Kundgebung zu veranstalten. Es gelang ihnen sogar, die Sperrkette der Polizei zu durchbrechen. Als die Polizei mit dem Gummiknüppel vorging, kam es zu einem Zusammenstoß, in dessen Verlauf mehrere Personen verhaftet wurden.

*

London, 18. Dez.

Elf Kommunisten, die anläßlich der Kundgebung vor der Deutschen Botschaft verhaftet wurden, wurden heute bereits vom Polizeirichter abgeurteilt.

*

London, 18. Dez.

Der deutsche Botschafter v. Hoesch begab sich heute zum Londoner Polizeipräsidium, zum Scotland Yard, um sich nach dem Befinden der bei den Zusammenstößen vor der Deutschen Botschaft verletzten Polizeibeamten zu erkundigen und ihnen seine besten Wünschen für ihre baldige Wiederherstellung zum Ausdruck zu bringen.

Ehrung eines amerikanischen Staatsmannes durch Hindenburg

Caracas, 18. Dezember.

Im Namen des Reichspräsidenten v. Hindenburg hat der deutsche Gesandte in Venezuela dem Ministerpräsidenten General Gomez zu dessen 25 jährigem Regierungsjubiläum einen Ehrendegen überreicht.

Dank Suwitschs

München, 18. Dezember.

Der italienische Staatssekretär des Auswärtigen, Suwitsch, sandte nach seiner Rückkehr aus Deutschland dem bayerischen Ministerpräsidenten ein Danktelegramm für die freundliche Aufnahme, die ihm in München bereitet worden sei.

Zahlreiche Zuschriften an Hitler und Heß

Berlin, 18. Dez.

Beim Reichskanzler und bei seinem Stellvertreter, in der NSDAP, Reichsminister Rudolf Hess, gehen fortgesetzt so zahlreiche Briefe ein, daß es im Interesse der wünschenswerten schnellsten Erledigung zweckmäßig erscheint, darauf hinzuweisen, daß die Absender sich so kurz wie möglich fassen und eine klare Ausdrucksweise wählen mögen.

Kommunisten als Separatisten

Saarbrücken, 12. Dezember.

Ein ehemaliger Kommunistenführer aus Volklingen im Saargebiet erklärte öffentlich, die kommunistische Partei verfolge in letzter Zeit im Saargebiet einen Kurs, der offen in den Separatismus münde. Die Kommunisten des Saargebiets träten für die französischen Interessen an der Saar ein.

Stimmen der Vernunft aus Oesterreich

Bregenz, 18. Dezember.

In einer Sitzung der Vorarlberger Handelskammer wies ein Mitglied der Kammer auf die wirtschaftlichen Schäden hin, die die Unterbindung der politischen Freiheit der Bürger für Oesterreich mit sich bringe. Es sei bedenklich, wenn sich Oesterreich auf die Staaten stütze, die Gegner des Anschlusses an das Reich sind. Auch handelspolitisch komme Oesterreich dadurch in die Abhängigkeit dieser Mächte. Die Aufgabe aller wirtschaftlichen Organisationen Oesterreichs müsse es vielmehr sein, ein gutes Verhältnis zum Deutschen Reich zu schaffen.

*

Der Präsident der Kammer stimmte dem Redner zu und erklärte gleichfalls, daß gute Beziehungen zum Reich die Grundlage sein müßten, auf der weiterzubauen sei.

*

Wien, 18. Dezember.

Auf einer Tagung des Verbandes arischer Rechtsanwälte Oesterreichs, dem zur Zeit 600 Anwälte angehören, wurde die Forderung nach dem Numerus Clausus für jüdische Anwälte erhoben.

Tod eines Heerführers

Klagenfurt, 18. Dez.

Generaloberst Oskar v. Potiorek ist heute im Alter von 81 Jahren gestorben.

Chautemps' Finanzvorlage vor dem Senat

Paris, 18. Dezember.

Der Senat begann heute mit der Beratung über Chautemps' Finanzvorlage.

Starke Goldabwanderung nach London

Ein Abgeordneter machte in der Aussprache die Mitteilung, daß das Gold zur Zeit Neigung zeige, nach London abzuwandern. Innerhalb von wenigen Wochen seien 6½ Milliarden französischer Franken Gold von der Bank von Frankreich nach London abgewandert.

Urteil gegen Torsten Kreuger

Stockholm, 18. Dez.

Vor dem schwedischen Reichsgericht als Berufungsinstanz fand heute der Prozeß gegen Torsten Kreuger, den Bruder des „Zündholzkönigs", seinen Abschluß. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Zuchthaus — in erster Instanz 4 Jahre —, 1 Jahr Ehrverlust und 1,5 Millionen Kronen Geldstrafe.

Appenninen-Uebergänge durch Schnee verweht

Rom, 18. Dezember.

Auch in Italien herrscht strenge Kälte. In Friaul wurden bis zu 28 Grad unter Null gemessen. Zahlreiche Appenninen-Uebergänge sind durch starken Schneefall unbenutzbar geworden.

Gründung einer Tabakvertriebs-G. m. b. H.
Beschlüsse der Großen Nationalversammlung

Ankara, 18. Dez.

Die G. N. V. nahm heute die erste Lesung des Gesetzes vor, mit dem das Ministerium für Zölle und Monopole zur Gründung einer G. m. b. H. für den Vertrieb verarbeiteter türkischer Zigaretten und Tabake im Auslande ermächtigt wird; an dem Unternehmen sollen auch nationale Finanzinstitute und private Tabak-Kaufleute beteiligt werden.

An dem Kapital der Gesellschaft wird nach dem Entwurf die Monopolverwaltung mit 550.000 Türkpfund beteiligt sein, ein Betrag, der später mit Genehmigung des Ministerrats erhöht werden kann. Die Monopolverwaltung wird ihrerseits befugt, der neuzugründenden G. m. b. H. Kredite in Form von Tabaken bis zu 25% des eingezahlten Kapitals zu gewähren. Ferner übereignet die Monopolverwaltung ihre sämtlichen Rechte und Verpflichtungen aus den bisher für den Verkauf ihrer Erzeugnisse anderweitig abgeschlossenen Verträgen und Abmachungen an diese Gesellschaft.

Während der Beratung des Entwurfes sagte der Abgeordnete Sirri Bej (Kodschaeli), daß die Monopolverwaltung sich ungeheure Lasten für diese Gesellschaft aufbürde, und fragte, was eigentlich der leitende Gedanke bei dieser Gründung sei.

Der Minister für Zölle und Monopole, Rana Bej, betonte, daß man hoffe, durch diese Gesellschaft das Auslandsgeschäft des Tabakmonopols in Fertigwaren ertragreicher zu gestalten und einheitlicher zu leiten.

Auf eine Frage des Abgeordneten Ahmet Ihsan Bej, was mit der Zigarettenfabrik der Monopolverwaltung in Berlin geschehen sei, erwiderte der Minister, daß diese Fabrik bereits liquidiert habe, als er sein neues Amt antrat.

Zollfreie Einfuhr von Reklamegegenständen?

Hierauf wurde der Antrag Dschemil Bejs (Tekirdag) und seiner 32 Kollegen über die *zollfreie Einfuhr von Reklamegegenständen*, die für die Förderung des Reiseverkehrs vom Automobil- und Turing-Klub eingeführt und unentgeltlich verteilt werden sollen, beraten.

Bei dieser Gelegenheit nahm der Abgeordnete von Antalia, Rasih Bej das Wort und betonte, daß türkische Automobilisten im Auslande von ausländischen Behörden angehalten würden, an ihren Wagen das Schild des in Frage kommenden Landes anzubringen, weil der türkische Automobil- und Turing-Klub international unbekannt sei.

Ahmet Ihsan Bej erwiderte diesem Einwand, daß die Nichtanerkennung türkischer Wagenschilder infolge der Verschiedenheit der Schilderformen innerhalb der türkischen Grenzen verursacht werde, die durch das uneinheitliche Vorgehen der einzelnen türkischen Städte verschuldet werde.

Es wurde dann ein Antrag des Abgeordneten Rasih Bej angenommen, den Antrag in Anwesenheit des Innenministeriums nochmals zu erörtern.

Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag, den 21. Dezember anberaumt.

Kabinettssitzung in Ankara

Ankara, 18. Dez. (Tel.)

Der heutigen Kabinettssitzung wohnten außer dem Chef des Großen Generalstabs, Marschall Fewsi Pascha, auch die Unterstaatssekretäre des Ministeriums für Nationale Verteidigung bei.

Der Ministerrat hat sich in seinen beiden letzten Sitzungen mit wichtigen Landesangelegenheiten befaßt, die noch einige Sitzungen in Anspruch nehmen werden und zu denen weiterhin die Unterstaatssekretäre des Ministeriums für Nationale Verteidigung sowie Marschall Fewsi Pascha hinzugezogen werden sollen.

Nach dem Abschluß dieser Besprechungen wird das Kabinett seine Arbeiten über das Wirtschaftsprogramm für die nächsten Jahre fortsetzen.

Unterbrechung der bulgarisch-griechischen Verhandlungen

Paris, 19. Dez. (A.A.)

Wie von einem Sonderberichterstatter aus Athen gemeldet wird, sind die griechisch-bulgarischen Verhandlungen über die Regelung verschiedener schwebender Fragen unterbrochen worden. Die bulgarischen Abgeordneten werden heute nach Sofia zurückreisen.

Vor dem Friedensschluß in Südamerika

Newyork, 19. Dez (A.A.)

Aus Montevideo werden Gerüchte gemeldet, daß man vorbereitende Friedensverhandlungen in die Wege geleitet habe, um den Krieg zwischen Paraguay und Bolivien zu beenden.

*

Newyork, 19. Dez (A.A.)

Aufgrund eines Vorschlages der paraguayanischen Regierung an die panamerikanische Tagung von Montevideo ist mit sofortiger Wirkung ein Waffenstillstand im Gran Chaco geschlossen worden.

Die ukrainische Unabhängigkeitsbewegung

Chikago, 18. Dez. (A.A.)

Zwischen etwa 500 Ukrainern, die eine Kundgebung für die Unabhängigkeit der Ukraine veranstalteten und mehreren hundert Kommunisten kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem mehr als 100 Personen verletzt wurden.

Die irischen Wirren

Dublin, 18. Dezember.

In der Nähe von Dublin überfielen bewaffnete Männer einen Eisenbahnzug, holten aus dem Postwagen sämtliche Exemplare der Zeitung „Irish Preß" heraus und flüchteten in einem bereitstehenden Kraftwagen.

O'Duffy im Gefängnis

Dublin, 18. Dezember.

Der verhaftete Blauhemdenführer, General O'Duffy, wurde unter starker militärischer Bedeckung nach dem Gefängnis Harbour Hill gebracht. Das Gerichtsverfahren gegen ihn soll bald nach Weihnachten eröffnet werden.

König Alexanders 45. Geburtstag

Belgrad, 18. Dez. (A.A.)

In Jugoslawien wurde gestern der 45. Geburtstag des Königs Alexander gefeiert.

*

Belgrad, 18. Dez. (A.A.)

Die Offiziere der Agramer Garnison gaben gestern abend zu Ehren des Königs Alexander ein Festessen und einen Ball. Es nahmen daran teil König Alexander, Königin Marie, der Ministerpräsident Srschkitsch, mehrere Mitglieder der Regierung, Vertreter der Zivil- und Militärbehörden sowie zahlreiche andere Gäste.

Paris wünscht Ausschaltung der Revisionsfrage

Paris, 18. Dez. (A.A.n.Havas)

Das „Echo de Paris" meint in einem Leitaufsatz über die „Sicherung des Friedens auf dem Balkan"", der Besuch des bulgarischen Königspaares in Belgrad lasse unzweifelhaft die von beiden Völkern entfaltete Tätigkeit mit dem Ziele der Versöhnung erkennen. Dieses Ereignis ist nach Ansicht des Blattes umso bemerkenswerter, als die Jugoslawen den bulgarischen Ministern kein Versprechen hinsichtlich irgendwelcher Gebietsveränderungen gaben. Die Sofioter Regierung hoffe, daß gegenüber den bulgarisch sprechenden mazedonischen Minderheiten in Jugoslawien ein „liberales" System zur Anwendung gelangen werde.

Auf der anderen Seite könnten, so schreibt die Zeitung weiter, die Gewalttaten der Komitadschi schärfer unterdrückt werden. Im Grunde sei die lange Feindschaft zwischen dem früheren Serbien und Bulgarien auf den österreichisch-russischen Gegensatz zurückzuführen. Die Volksmassen seien nicht notwendigerweise feindselig gegeneinander eingestellt, wie der Empfang beweise, den man König Boris in Belgrad bereitet habe.

Englische Kriegsschiffe besuchen Albanien

Aus Tirana wird uns gemeldet:

In der Zeit vom 11. bis 23. Januar 1934 werden Einheiten der englischen Mittelmeerflotte die albanische Küste besuchen und im Hafen von Valona sowie in der Bai von Butrinto vor Anker gehen.

Polizeiskandal in Belgien

Brüssel, 18. Dez.

Der Leiter der Löwener Polizei wurde wegen Bestechung verhaftet, nachdem erst vor kurzem der Leiter der Brüsseler Polizei aus dem gleichen Anlaß verhaftet wurde.

Das palästinische Einwanderungsproblem

Von Eugen John, Jaffa.

Die letzten Unruhen in Palästina haben aufs neue dargetan, wie ernst die Dinge in diesem Lande liegen. Der Mandatsregierung gelang es zwar bald, Ruhe und Ordnung wieder herzustellen, aber es wäre falsch, daraus auf eine grundsätzliche Entspannung der Lage zu schließen. Im Gegenteil, der Kampf geht auf politischem Gebiet unentwegt weiter.

Kennzeichnend für die jüngsten Vorgänge in Palästina war die Tatsache, daß es sich diesmal nicht um direkte Angriffe der Araber auf die Juden handelte, sondern daß sich die Empörung der Menge fast ausschließlich gegen die Polizei, also die Regierung richtete, die ihr die Abhaltung von Protestkundgebungen gegen die jüdische Einwanderung verboten hatte. Immer mehr setzt sich in arabischen Kreisen die Ansicht durch, daß eine Bekämpfung des Zionismus allein zwecklos ist, wenn sich dieser Kampf nicht gleichzeitig auch gegen England richtet, das ja letzlich die Verantwortung für die Durchführung der im Mandat niedergelegten Politik der Errichtung eines jüdischen Nationalheims trägt. Daß die arabischen Führer es wagten, sich einem klaren Regierungsverbot zu widersetzen und gegen die Staatsgewalt aufzulehnen, hat die Engländer nun doch recht bedenklich gestimmt, und zwar umso mehr, als die Vorgänge in Palästina auch in den Nachbarländern zu bedeutender Unrast führten, wo es wiederholt zu großen arabischen Sympathiekundgebungen kam, bei denen es ebenfalls Zusammenstöße mit der Polizei und sogar Tote und Schwerverletzte gab.

Es ist durchaus falsch, wenn die Unruhe der palästinischen Araber lediglich auf die Machenschaften einiger arabischer Geistlicher und Efendis, die angeblich als Folge der jüdischen Einwanderung ein Schwinden ihres Einflusses auf die arabischen Massen befürchten, oder gar auf ausländische Einflüsse (kommunistische oder nationalsozialistische Propaganda) zurückgeführt wird.

Wie immer man sich auch zu den palästinisch-arabischen Führern, ihren politischen Methoden und ihrem persönlichen Verhalten stellen mag, so muß man doch als unbefangener Beobachter feststellen, daß sie mit ihren politischen Forderungen den Gefühlen immer weiterer Teile des zum Nationalbewußtsein erwachenden arabischen Volkes, vor allem der heranwachsenden, gebildeten Jugend, Ausdruck geben. Die Befürchtungen in bezug auf den ungehemmten Bodenverkauf und die gesteigerte Judeneinwanderung werden vom ganzen arabischen Volke, soweit es politisch zu denken in der Lage ist, geteilt. Man nimmt zwar einesteils gern an den augenblicklichen wirtschaftlichen Vorteilen teil, die die jüdische Kolonisation dem Lande und seinen einzelnen Einwohnern bringt, fühlt sich dann aber doch recht besorgt, wenn man an die politische Zukunft des Landes denkt. Und dann darf nicht vergessen werden, daß nach dem Befund englischer Sachverständiger und Untersuchungskommissionen die Besorgnisse der Araber vom arabischen Standpunkt aus in vielen Punkten durchaus begründet sind.

Haben die arabischen Führer mit den von ihnen organisierten Protestkundgebungen nun irgend etwas erreicht?

Nein, und doch auch ja. Die englische Palästinapolitik wird — das haben der Oberkommissar und die Regierungsvertreter im englischen Unterhause mit Entschiedenheit erklärt — in ihren großen Zügen unverändert bleiben und nach wie vor das Palästinamandat „mit seinen klaren Verpflichtungen den Arabern und Juden gegenüber" zur Grundlage haben. Auch an dem Entschluß, nach der für Anfang des kommenden Jahres erwarteten Inkraftsetzung der neuen Städteordnung und Abhaltung neuer Gemeindewahlen an die Bildung einer Volksvertretung heranzugehen, durch die indessen die Machtbefugnisse des Oberkommissars in keiner Weise eingeschränkt werden sollen, soll festgehalten werden, ebenso wie an der vor längerem eingeleiteten Politik der Förderung und Unterstützung von Industrie und Landwirtschaft, besonders dieser, die schwer unter den Folgen mehrerer